

Auswertung #1 – Kreistag Wartburgkreis

Sitzungen vom 15.07.2009 / 09.09.2009 / 07.10.2009

Im Kreistag des Wartburgkreis ist die NPD mit den zwei jungen Abgeordneten Tobias Kammler und Hendrik Heller vertreten. Beide nutzen seit der ersten Sitzung am 15. Juli 2009 das Kommunalparlament intensiv, um die neonazistischen Inhalte der NPD zu vertreten und ein Bild der Partei als engagierte Vertreterin der Interessen »der Bürger« zu erzeugen. Die Anträge, Anfragen und Redebeiträge der NPD im Kreistag in den ersten Sitzungen lassen sich grob in zwei Kategorien einteilen. Zum einen versucht die NPD berechnete Interessen der Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen, zu besetzen und im ersten Schritt eher zurückhaltend im Sinn der NPD politisch umzudeuten. Zum anderen bringt die Partei parlamentarische Initiativen ein, die explizit und unverhohlen den rassistischen und antidemokratischen Charakter der Partei deutlich werden lassen.

Während die Parlamentarier der NPD in anderen Stadträten und Kreistagen die ersten Sitzungen zur Orientierung nutzen mussten und sich mit parlamentarischen Initiativen und Reden zurückhielten, brachte die NPD im Wartburgkreis bereits in der ersten Sitzung des Kreistages im Wartburgkreis zwei Anträge ein und kommentierten den Antrag einer anderen Fraktion. Ähnlich ging es bei den folgenden Sitzungen weiter: In der zweiten Kreistagssitzung (09.09.2009) brachte die NPD vier Anträge ein, in der dritten Sitzung (07.10.2009) zwei Anträge sowie eine Anfrage.

In der ersten Sitzung (15.07.2009) beantragte die NPD die Einführung einer Einwohnerfragestunde in die Tagesordnung jeder Kreistagssitzung (»Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung für mehr Bürgerbeteiligung«). Kammler begründete den Antrag mit der »Stärkung der direkten Demokratie«. Die NPD erhielt für ihren Antrag keine Stimme aus den demokratischen Fraktionen, jedoch enthielt sich ein Kommunalparlamentarier und stimmte nicht wie alle anderen gegen den Antrag der NPD. Ein zweiter Antrag »Mehr Transparenz für öffentliche Ausschusssitzungen« wurde zurückgezogen. Die NPD kündigte zudem ihre Unterstützung für einen Antrag einer anderen Fraktionen zur Einführung einer »Einwohnerfragestunde« an. Sie befürwortete die »Stärkung von transparenter Verwaltungsarbeit und eine aktive Bürgerbeteiligung«. Sie forderte jedoch eine Streichung der expliziten »Geschlechterbezeichnungen« im Antrag, die explizite Nennung von Frauen und Männern sei »überflüssig«, so Kammler.

In der zweiten Sitzung (09.09.2009) stellte die NPD den Antrag »Mehr Transparenz für öffentliche Ausschusssitzungen«, der allerdings zurückgezogen wurde, ebenso wie ein Antrag »Transparente Kreistagspolitik durch besseres Informationsangebot auf der Netzseite des Wartburgkreises«. Ein weiterer Antrag »Umbenennung des / der Gleichstellungs- Aussiedler und Ausländerbeauftragten in Gleichstellungs- Aussiedler- und Ausländerrückführungsbeauftragte(r)« wurde vom Landrat nicht auf die Tagesordnung gesetzt, da das Thema nicht in die Zuständigkeit des Kreistages falle. Zudem habe er sich »geschämt«, den Antrag auf die Tagesordnung zu setzen, kommentierte der Landrat den Antrag der NPD. Denn in diesem Antrag wird die rassistische Politik der NPD deutlich. Im klassischen Duktus des völkischen Neonazismus heißt es darin: »In Deutschland und auch im Wartburgkreis wird seit Jahrzehnten eine verfehlte Ausländerpolitik betrieben. In einigen, meist westdeutschen, Großstädten kippen langsam die Mehrheitsverhältnisse zulasten des Deutschen Volkes. Die Politik versucht einen Einheitsbrei aus Völkern aller Herren Länder zu schaffen, der nationale und kulturelle Identitäten außer Acht läßt und offensichtlich auch nach und nach verdrängt. Der Großteil der hier lebenden Ausländer

ist aber nicht gewillt, Integrationsprojekte anzunehmen bzw. sich dort aktiv einzubringen.« Daher sei es durch den Staat notwendig, »eine Rückkehr in ihre Heimatländer zu ermöglichen und dies zu fördern, damit sie nicht weiter gezwungen sind, sich in eine Kultur zu integrieren, die sie nicht akzeptieren. Auch im Hinblick auf den überdurchschnittlichen Anteil von Ausländern bei Straftaten ist eine Rückführung geboten, um vom Deutschen Volk dauerhaft materiellen, körperlichen und biologischen Schaden abzuwenden. Der Ausländerrückführungsbeauftragte soll daher Ausländern Informationen und Anreize geben, Deutschland dauerhaft zu verlassen.«

Ein weiterer Antrag (»Keine Schandflecken im Wartburgkreis – für ein attraktives Wohnen in den Kommunen«) wurde durch den Vorsitzenden des Kreistages ebenfalls nicht auf die Tagesordnung gesetzt, da in ihm ein unzulässiger Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung gesehen werde. Jedoch verwies der Vorsitzende darauf, die Katalogisierung leer stehender Immobilien in einer Beratung mit den Bürgermeistern des Wartburgkreis ansprechen zu wollen – das Thema der NPD findet so erfolgreich Eingang in die politische Debatte des Landkreises.

Auf der Sitzung vom 07.10.2009 stellte die NPD zwei Anträge, mit denen sie politische Erfolge feiern konnte, da beide Initiativen zu Beschlüssen führten. Der erste Antrag der NPD »Überprüfung Kreistagsmitglieder hinsichtlich offizieller bzw. inoffizieller Mitarbeit für das MfS/AfNS« wurde nur dadurch hinfällig, da die CDU-Fraktion einen weiterführenden Änderungsantrag nach reichte, der schließlich eine Mehrheit fand. Darin wurde neben der Forderung nach einer Überprüfung der Abgeordneten auf eine Tätigkeit beim »Ministerium für Staatssicherheit« oder dem »Amt für Nationale Sicherheit« der DDR auch Unterstützung der »Erklärung für ein demokratisches, tolerantes und weltoffenes Thüringen« als Zeichen gegen Neonazismus beantragt. Die NPD hatte den Beschluss auf die politische Agenda des Kreistages gebracht, stimmte aber aufgrund der Erweiterung selbst nicht zu. Für die NPD war die Initiative Teil ihres Kampfes gegen »Linksextremismus«. In ihrer Zeitung »Wartburgkreisbote« (Nr. 17, S. 4) feiert die Partei das Ergebnis: »So wurde bspw. ein Antrag auf Stasi-Überprüfung aller Abgeordneten durch die CDU so abgeändert, dass nun darüber hinaus ein Verbot der NPD gefordert wird. Sei's drum: Der Antrag auf Überprüfung kam von der NPD und wurde mit den Stimmen der Etablierten angenommen.«

Auch dem Antrag der NPD »Erstellung eines Sicherheitsberichtes über die Situation in den Schulbussen« war ein gewisser Erfolg sicher, da er einstimmig zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus verwiesen wurde. Taktisch geschickt suchte sich die NPD für ihren Erfolg dieses Thema, denn den Antrag »konnten die Blockparteien nicht ablehnen, da sie eine Ablehnung dieses Antrages den besorgten Eltern nicht erklären könnten«, schrieb die NPD in ihrer Zeitung »Wartburgkreisbote« (Nr. 1, S. 4).

Einen Antrag »Einführung eines Mobilitätstickets« für ALG-Empfänger sowie Leistungsbezieher von Sozialgeld und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung lehnte die NPD u.a. mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit der Schuldenfreiheit des Kreises ab. Offensichtlich sind den Neonazis, die sich selbst als »soziale« Partei darstellen, die Interessen von Hartz-IV-Empfängern zweitrangig wenn es um ausgeglichene Kommunalfinanzen geht.